Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DEUTSCHLAND

Heron TP erhält Präzisionsmunition

Eine Heron TP in Mali. Bild: Bundeswehr

Seit 2010 setzt die Bundeswehr in ihren Auslandeinsätzen Überwachungsdrohnen ein. Zuerst in Afghanistan, aktuell in Mali. Der ursprünglich von Israel beschaffte Typ Heron 1, ausschliesslich zur Aufklärung fähig, wurde seit 2016 durch den Typ Heron TP, ein bewaffnungsfähiges Upgrade, ergänzt. Die Beschaffung erfolgte im Leasingmodell – angedacht zur Überbrückung, bis die in Zusammenarbeit mit Frankreich, Italien und Spanien entwickelte Eurodrohne im Jahr 2025 verfügbar sein sollte. Deutschland ist in diesem Projekt zwar «Lead Nation», erste Maschinen dürften aber nicht vor 2029 ausgeliefert werden. Eine allfällige Fähigkeitslücke wird nun geschlossen. Hiess es bislang noch, «die Bundeswehr brauche keine Killerdrohnen», so wurde diese Überzeugung am 6. April über Bord geworfen. Für 150 Millionen Euro werden nun Luft-Bodenlenkwaffen beschafft. Darin inbegriffen sind Ausbildung und Zusatzausrüstung. Heisst, 60 Raketen für die Ausbildung und 80 für Einsätze. Wie kam es zum Umschwenken? Sperrte sich die SPD in Ex-Bundeskanzlerin Merkels viertem Kabinett noch explizit gegen eine Drohnen-Bewaffnung, haben die deutschen Regierungsparteien im aktuellen Koalitionsvertrag verbindlich ihre Meinung dazu geändert: «Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Truppe im Auslandeinsatz dienen.» Natürlich unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten, und stets unter Ausschluss von sogenannten extralegalen Tötungen. Konkret heisst das, ein künftiger Einsatz von bewaffneten Heron-TP muss entlang enger Vorgaben erfolgen. Einerseits ist ein Bundestagsmandat notwendig, das den Einsatz explizit vorsieht. Andererseits müssen die Drohnenpilotinnnen und -piloten im Einsatzland stationiert sein. Gerade dieser Punkt steht in einer Reihe mit den Vorgaben der Vereinten Nationen, die die Verwendung von Drohnen jedwelcher Art in ihren Friedenseinsätzen klar regelt und denen die Bundeswehr im Ausland aktuell am meisten zudient. Damit sind diese Regeln aber strikter als beispielsweise diejenigen für den Einsatz von Bogenfeuer. Bislang wurden in den Mandaten für die Auslandeinsätze lediglich Auftrag und Fähigkeiten definiert, jedoch nie auf einzelne Waffensysteme Bezug genommen. Fraglich bleibt, ob diese Drohnen je zum Einsatz kommen werden, denn die Lage in den Auslandeinsätzen hat sich teilweise wesentlich geändert und zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO taugen die Heron-TP nur schon, weil sie ein leichtes Ziel für eine gegnerische Luftabwehr sind, nicht ohne Vorbehalte. *pk*

SCHWEDEN / FINNLAND

Sicherheitsgarantien bis zum NATO-Beitritt

Im Zuge der Verhandlungen zur NATO-Mitgliedschaft hat das Königreich Schweden anfangs Mai einen ersten Meilenstein erreicht. Aussenministerin Ann Linde holte dazu in Washington die für die Dauer des Aufnahmeprozesses wichtige Sicherheitsunterstützung der USA ab. Dies ist zwar kein formeller Akt, deshalb ist auch nicht klar, wie sich die Garantie konkret auswirkt. Linde gab aber ohne Details zu nennen zu verstehen, dass sie zusammen mit dem US-Aussenminister Antony Blinken eine einvernehmliche Lösung gefunden habe. «Es geht dabei nicht um konkrete Sicherheitsgarantien, denn diese erhält man nur, wenn man Mitglied ist», so die Schwedin. Kurz danach erklärten auch die Atommächte Frankreich und das Vereinigte Königreich, die Aufnahmekandidaten Schweden und Finnland bereits vor der offiziellen Mitgliedschaft unterstützen zu wollen. Auch Deutschland hat entsprechende Garantien abgegeben. US-Botschafterin bei der NATO, Julianne Smith, gibt sich aber nüchtern und meint, dass niemand wissen würde, wie Russland auf die Beitritte reagiere. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die offiziellen Gesuche im Sommer eingereicht werden. Danach wird es wenige Verhandlungstage über die Beitrittsmodalitäten geben. Bis zur Mitgliedschaft dürfte es dann etwa ein Jahr dauern. Alle derzeitigen 30 Mitgliedsländer müssen ihr Einverständnis geben. Das wäre ungleich schneller, als die letzten beiden Neumitglieder vom sogenannten Membership Action Plan bis zur Vollmitgliegschaft benötigten (Republik Nordmazedonien mit 21 Jahren; Montenegro 17 Jahre). Aber Schweden, genau wie sein Nachbar Finnland, pflegt seit Jahrzehnten einen ausserordentlich engen Kontakt zur NATO. Beide sind Gründungsmitglieder der Partnership for Peace und verstärkten die Zusammenarbeit seit der Krim-Annexion im Jahr 2014 durch

Der NATO-Kombi-Beitritt von Schweden und Finnland steht bevor. Bild: euractiv

Russland stetig. Finnlands Präsident Sauli Niinistö traf sich unterdessen Ende April mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Ihm ginge es darum, so Niinistö, «dass Finnland und Schweden möglichst gleichzeitig den Beitritssprozess durchlaufen». In beiden Ländern geht man davon aus, dass Russland in der Übergangsphase des Beitritts grössere hybride Störaktionen bis hin zu (Cyber-)Angriffen tätigen könnte. Die Warnungen des Kremls werden ernst genommen. In Moskau drohte man für den Fall des Kombi-Beitritts unter anderem mit der Aufrüstung von Kaliningrad mittels Nuklearwaffen und Hyperschallraketen. *pk*

Dürre in Äthiopien. Bild: Unicef

ÄTHIOPIEN

Dürre und Krise

Das dritte Mal infolge verzeichnet Äthiopien eine ausserordentliche Dürre. Etwa 3,5 Millionen Menschen sind direkt davon betroffen. Ausbleibender Regen in der eigentlich feuchten Zeit führt dazu, dass Pflanzen nicht mehr angebaut werden können. Grosse Teile der Bevölkerung sichern ihr Auskommen mittels Nutztieren, diese verenden nun, bislang etwa zehn Millionen Tiere. Besonders davon betroffen ist die im Osten des Landes gelegene Somali-Region. Deren Präsident Mustafe Mohammed Omer erklärte, dass es sich um die schlimmste Trockenheit seit 40 Jahren handle. Die Situation scheint ausweglos, viele Menschen versuchen, die Region zu verlassen. Die UNO ist bemüht, koordinierte Hilfe anzubieten und die Flüchtlinge in humanitären Auffangzentren zu betreuen. Für das Land ein Teufelskreis, denn die gegen die Auswirkungen der Dürre verwendeten Gelder fehlen nun bei anderen Entwicklungsprojekten. Unterdessen hält der Bürgerkrieg im Westen des Landes an. Jüngste Berichte deuten auf systematische Tötungen der tigrayischen Bevölkerung hin, wobei die Armee unterdessen gezielt Massengräber zerstört, Leichen exhumiert, verbrennt oder die sterblichen Überreste im ganzen Land verteilt. Die UNO plant ein unabhängiges Untersuchungsteam unter der Leitung der ehemaligen Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, Fatou Bensouda. Regierungskräfte blockieren seit einiger Zeit sämtliche Versuche, die Region Tigray zu erreichen. Hilfeleistung ist dort beinahe unmöglich. Aktuell beschuldigen sich beide Kriegsparteien, Massenmorde zu begehen. *pk*

SÜDPAZIFIK

USA und China auf Konfrontationskurs

Hunderte Inseln und Atolle, knapp 700 000 Einwohner, 2000 Kilometer von Australien entfernt: Die Salomonen im Südpazifik befanden sich bislang sehr weit weg vom Weltgeschehen. Seit ein paar Wochen aber herrscht wegen eines Sicherheitsabkommens, das die Regierung in der Hauptstadt Honiara mit China geschlossen hat, Aufregung in Sicherheitskreisen. Jetzt haben die USA ihren Ton in der Debatte verschärft: «Natürlich respektieren wir die Souveränität der Salomonen, aber wir wollten sie auch wissen lassen, dass wir erhebliche Bedenken hätten, wenn Schritte unternommen würden, um de facto eine ständige Militärpräsenz, Fähigkeiten zur Machtprojektion oder eine Militäreinrichtung einzurichten, und wir würden ganz selbstverständlich auf diese Bedenken reagieren», sagte ein hochrangiger US-Diplomat. Wie diese Reaktion aussehen könnte, liess der Diplomat offen. Wie die Zeitung The Guardian berichtet, wollte er auf Nachfrage allerdings den Einsatz von militärischer Gewalt nicht ausschliessen.

Hintergrund des Konflikts ist ein Abkommen zwischen Peking und Honiara, dessen genauer Inhalt unbekannt ist. Allerdings wurde vor einigen Wochen ein Entwurf im Internet verbreitet, der einige angebliche Details nennt. So erlaubt das Abkommen den chinesischen Streitkräften, «je nach Bedarf und mit Zustimmung der Salomonen die Inseln mit Schiffen zu besuchen, dort logistischen Nachschub zu erhalten und Zwischenstopps einzulegen». Chinesische Streitkräfte seien berechtigt, «die Sicherheit des chinesischen Personals» und «wichtige Projekte auf den Salomonen» zu schützen, heisst es weiter. Oppositionspolitiker der Salomonen fordern, den Abkommenstext zu veröffentlichen. Peking bemüht sich seit Bekanntwerden des Textes, die Bedeutung des Abkommens herunterzuspielen. Man solle «die Angelegenheit objektiv und rational betrachten und nicht zu viel hineininterpretieren», sagte etwa Chinas Aussenamtsspre-

Die Lage der Salomonen. Bild: OpenStreetMap

cher. Später sprach er von «einem normalen Austausch und einer normalen Zusammenarbeit zwischen zwei souveränen und unabhängigen Ländern», die «sich nicht gegen eine dritte Partei» richte. Ähnlich äusserte sich auch die Regierung in Honiara. China und die Salomonen hatten sich 2019 diplomatisch angenähert, nachdem die Regierung in Honiara die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatte. Im selben Jahr traf sich Premierminister Sogavare mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping in Peking und verkündete, der Neuen Seidenstrasse beitreten zu wollen. Der Kurswechsel der Salomonen hatte im Land zu gewaltsamen Protesten geführt. *Sc*

JAPAN

Zusammen mit USA, um Taiwan Paroli zu bieten

Japan will seine eigene Rolle in der globalen Halbleiterwelt offenbar wieder stärken und bei der Entwicklung der modernsten Fertigungsprozesse mitmischen. Das jedenfalls berichtet die Nachrichtenagentur Nikkei Asia, laut der es um die Entwicklung um Fertigungsprozesse nach der 2-Nanometer-Generation gibt. Am 4. Mai trafen sich Japans Wirtschaftsminister Koichi Hagiuda und die US-Handelsministerin Gina M. Raimondo zu Gesprächen im Rahmen der Japan-U.S. Commercial and Industrial Partnership. Ein Tagespunkt waren Halbleiter: «Gemeinsame Entwicklung von Grundprinzipien für die Zusammenarbeit in der Halbleiterindustrie, die eine gemeinsame Vision, ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Halbleiterlieferketten festlegen.» Weiter heisst es: «Im Rahmen der Grundprinzipien beabsichtigen das Department of Commerce und das Ministry of Economy, Trade and Industry, bei der Diversifizierung der Halbleiterproduktionskapazitäten, der Erhöhung der Transparenz, der Koordinierung von Notfalmassnahmen bei Engpässen und der Stärkung der Halbleiterforschung und -entwicklung sowie der Entwicklung von Arbeitskräften zusammenzuarbeiten.»

Laut Nikkei Asia wollen die USA und Japan insbesondere die Vorreiterposition Taiwans brechen. Der Chipauftragsfertiger TSMC produziert Halbleiterbauelemente derzeit mit der modernsten Fertigungstechnik, darunter der Einsatz von Belichtungsmaschinen mit extremultravioletten (EUV-)Wellenlängen. Samsung setzt ebenfalls schon EUV-Technik ein, hat aber Schwierigkeiten, Grosskunden zu gewinnen – immer wiederkehrenden Gerüchten zufolge unter anderem aufgrund einer schlechten Ausbeute. TSMC baut mit Unterstützung der Regierung zwar ein sieben Milliarden US-Dollar teures Halbleiterwerk in Japan, zunächst allerdings nur für Chips mit 28- und 22-nm-Strukturen. Sony wird der Hauptabnehmer von Chips aus diesem Werk. *Sc*

NORDKOREA

Offenbar atomwaffenfähige U-Boot-Rakete

Die TV-Übertragung des Raketentests vom 4. Mai. Bild: KCNA

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche versetzte ein Raketentest Nordkoreas das Militär in Südkorea und Japan in Alarmbereitschaft. Inzwischen scheint klar, dass der ballistische Flugkörper offenbar von einem U-Boot abgeschossen wurde. Solche Raketen gelten als besonders gefährlich, zumal wenn sie in der Lage sind, auch Atomsprengköpfe zu tragen. Insgesamt führte Nordkorea in diesem Jahr an bisher elf Tagen Raketentests durch, bei denen neben Raketenabwehrwaffen mit geringer Reichweite offenbar bis zu 15 ballistische Flugkörper getestet wurden. Eine der abgefeuerten Raketen war eine Interkontinentalrakete, aber auch einige der registrierten Mittelstrecken-Geschosse könnten in der Lage sein, Atomsprengköpfe zu tragen.

Über die verfügt Nordkorea derzeit wohl noch nicht, arbeitet aber möglicherweise wieder daran, das schnellstmöglich zu ändern. «Wir werden weiterhin Schritte unternehmen, um die nuklearen Fähigkeiten unseres Landes so schnell wie möglich zu stärken und zu entwickeln», sagte Staatschef Kim Jong-un Ende April nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA bei einer Militärparade in Pjöngjang. Wenn es Nordkorea gelänge, seine Nuklearsprengköpfe zu miniaturisieren und leichter zu machen, könnten auch Kurzstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden. Der mögliche Atomtest werde daher sehr ernst genommen, weil solche Waffen sowohl Südkorea als auch Japan bedrohen könnten. Neben Kims Ankündigung gibt es offenbar auch konkrete Hinweise auf einen anstehenden Test: Beobachtet wurde demnach die Ausbesserung von Tunnelbauten auf einem bekannten nordkoreanischen Testgelände. Es wäre der erste Test seit 2017. Nordkorea unterliegt wegen seines Raketen- und Atomwaffenprogramms strengen internationalen Sanktionen. *Sc*

CHINA

Was machten sechs Militärfrachter aus China zeitgleich in Belgrad?

Die Xian Y-20 ist Chinas Antwort auf die Boeing C-17. In Europa bekommt man den vierstrahligen Militärfrachter höchst selten zu Gesicht. Normalerweise. Anfangs April allerdings flogen gleich sechs Y-20 von China nach Belgrad und zurück – zweimal. Was war der Grund? Offiziell bestätigte Angaben zu dieser aufsehenerregenden Aktion gibt es bis dato nicht. Serbische und internationale Medien berichten jedoch übereinstimmend, dass die Chinesen neue Luftabwehrsysteme für Serbiens Armee im Gepäck hatten. Denn im August 2020 hatten die Serben bei der chinesischen Regierung Boden-Luft-Raketenbatterien vom Typ FK-3 bestellt. Die FK-3 ist die Exportversion des Systems HQ-22 – eine radargesteuerte Rakete mit einer Reichweite von etwa 170 Kilometern, die herannahende Objekte in Flughöhen von 50 bis 27000 Metern bekämpfen kann. Eine typische FK-3-Batterie besteht nach Angaben der Zeitung Eurasian Times aus einem Radarfahrzeug und drei mit je vier Raketen bestückten Abschussfahrzeugen. Jede Batterie kann demnach sechs Luftziele gleichzeitig bekämpfen.

Was aber fast noch interessanter ist als die mutmassliche Fracht, ist der logistische Aufwand, den China für die Lieferung auf sich nahm. Ein chinesischer Militärexperte wertete die Aktion gegenüber dem Web-Portal Global Times als «beispiellose Auslandsoperation» für Chinas Luftwaffe, die es in diesem Ausmass bisher noch nicht gegeben habe. Die beiden Flüge nach Serbien und zurück markierten eine «signifikante Verbesserung der strategischen Langstreckentransportfähigkeiten» der chinesischen Luftstreitkräfte. Die Xian Y-20 ist eine chinesische Eigenentwicklung, bei der in den Anfängen auch der ukrainische Flugzeugbauer Antonow Pate stand. Der Vierstrahler flog erstmals im Januar 2013. Die ersten beiden Serienflugzeuge nahmen Mitte Juni 2016 beim 12. Regiment der 4. Transportdivision in Chengdu offiziell ihren Dienst auf. Wie viele Y-20 inzwischen ausgeliefert wurden, ist unklar. Je nach Quelle will die Luftwaffe der Volksrepublik China bis zu 400 Exemplare beschaffen.

Die Xian Y-20. Bild: VCC

Die Y-20 rangiert in Grösse und Flugleistungen zwischen der russischen Iljuschin Il-76 und der US-amerikanischen C-17 von Boeing, bietet maximal 66 Tonnen Nutzlast, bis zu 10000 Kilometer Reichweite und besitzt zeitgemässe Avionik. Weniger zeitgemäss sind dagegen die Triebwerke. Diese hat die Y-20 von der Il-76 geerbt: Der chinesische Transporter fliegt mit vier D-30KP-2-Turbofans aus dem Hause Solowjow – einem Uralt-Antrieb aus sowjetischer Produktion, dessen erste Generation bereits seit Mitte der 60er-Jahre in der Tupolew Tu-134 zum Einsatz kam. Das D-30KP zeigt sich gegenüber dieser Originalvariante stark verbessert und besitzt unter anderem einen grösseren Fan, ist vom heutigen Gesichtspunkt aus betrachtet aber trotzdem eher technisches Mittelalter. Es ist deshalb geplant, spätere Serienmaschinen mit dem in China gebauten WS-20 Huanghe auszustatten. Die Erprobung dieser Y-20B genannten Variante läuft. *Sc*

NIGER

Flüchtlingswelle hält an

Während sich die Sicherheitssituation in Mali, Burkina Faso und Nigeria zuspitzt, erlebt Niger in den letzten Monaten eine regelrechte Flüchtlingswelle. Von Januar bis Mai kamen etwa 40000 Vertriebene aus den angrenzenden Ländern an. Zumeist Frauen mit ihren Kindern flüchteten aus den zentralen und nördlichen Gebieten aus Mali infolge der Kämpfe zwischen dem Etat Islamique au Grand Sahara und dem Mouvement pour le Salut de l'Azawad. Die nigerianischen Flüchtlinge fliehen vor zunehmenden Plünderungen, Enteignungen, Überfällen und Entführungen durch bewaffnete Gruppen im Nordwesten des Landes, während die Vertreibung aus Burkina Faso auf die anhaltende und sich ausbreitende Unsicherheit nach dem Putsch von Anfang Jahr zurückzuführen ist. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR erwartet eine weitere Zunahme, zumindest so lange sich keine nachhaltigen Lösungen im weiteren Gebiet des Sahels abzeichnen. In Niger gibt es unterdessen über 580000 Binnenflüchtlinge und Vertriebene aus anderen Ländern. Das Land ist nicht in der Lage, die Situation selbst zu stemmen, besonders seit Anfang Jahr die Lebensmittelpreise explodierten: eine Folge der schlechten Anbausaison des letzten Jahres. Das UNHCR stösst denn auch an seine Grenzen, gibt der lokale Verantwortliche Emmanuel Gignac offen zu und weist darauf hin, dass ohne weitreichende Begleitmassnahmen, Stabilisierungsprogramme, Sicherheitsbemühungen und Entwicklungshilfe keine Verbesserung erzielt werden kann. Für 2022 werden 130,7 Millionen US-Dollar benötigt. Anfang Mai waren davon 19 Prozent gesichert. Unter anderem beteiligt sich die Schweiz mit 18,4 Millionen sogenannten «unearmarked contributions», also Gelder, die an keine besonderen Bedingungen geknüpft sind. Niger liegt für westafrikanische Flüchtlinge im Zentrum einer der grossen Transitrouten nach Europa. Die Hauptstadt Agadez und die Wüste im lybischen Grenzgebiet im Norden des Landes gelten mitunter als die gefährlichsten Gegenden auf dem oftmals tödlichen Weg ans Mittelmeer. *pk*